

Rede des Gleichstellungsbüros zum Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2025:

„Sicherheit statt Armut“ – so lautet der Titel der Kundgebung. Mit diesem Titel wollen wir heute - am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen - nicht nur an die Erfahrungen von gewaltbetroffenen Frauen *weltweit* erinnern, sondern auch an die tief verwurzelten strukturellen Ursachen von Gewalt, die in Armut und Ungleichheit verankert sind. Wenn wir über Armut und Gewalt gegen Frauen sprechen, sprechen wir von Machtverhältnissen und ökonomischen Abhängigkeiten. Diese sind keine Randphänomene, sondern zentrale Gründe, warum Gewalt gegen Frauen stattfindet.

Solange es ein Armutsrisiko ist, alleinerziehend zu sein,

solange es ein Armutsrisiko ist, eine weibliche Rentnerin zu sein,

solange Zugänge zu Hilfsdiensten nicht barrierefrei und mehrsprachig zugänglich sind,

solange Gewalt einer der Hauptfaktoren für Frauen ist, wohnungslos zu werden,

solange der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Berlin weiter zunimmt,

solange wird es Frauen erschwert, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu befreien.

Dass wir genau hier ansetzen müssen, ist auch im rechtlichen Rahmen der Istanbul-Konvention verankert.

Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und stellt einen bedeutenden Fortschritt im internationalen und nationalen Recht dar. Eine der Besonderheiten der Istanbul-Konvention ist, dass sie ökonomische Gewalt als eine Form der Gewalt gegen Frauen aufgenommen hat. Das ist so wichtig, weil damit betont wird, dass Gewalt nur dann überwunden werden kann, wenn auch die sozialen und wirtschaftlichen Rechte von Frauen gestärkt werden.

Die aktuellen Zahlen des Bundeslagebilds „geschlechtsspezifische Gewalt“ des BKAs vom Jahr 2024 verdeutlichen, wie dringend erforderlich das ist:

Im Bereich der politisch motivierten frauenfeindlichen Straftaten gibt es einen Anstieg von 73,3%

Im Bereich der weiblichen Betroffenen von Sexualstraftaten gibt es einen Anstieg von 2,1% - fast die Hälfte der weiblichen Betroffenen ist jünger als 18 Jahre

Bei digitaler Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist es ein Anstieg von 6%.

Im Bereich der häuslichen Gewalt gibt es einen Anstieg der weiblichen Betroffenen von 3,2% (seit 2020 ist es ein Anstieg von 16,3%)

132 Frauen wurden durch ihren Partner oder Ex-Partner getötet.

Hinter jeder Zahl und jeder Kerze auf dem Boden steht ein menschliches Leben.

Die Schilder, die wir ausgeteilt haben, sind die Femizide aus den Jahren 2024 und 2025 (BIS JETZT), die von der Initiative „Femizide stoppen“ gezählt und dokumentiert wurden.

Zwei der Schilder habe ich hier, die ich explizit erwähnen möchte:

85. Femizid in Deutschland im Jahr 2024

31.10.2024 in Berlin-Marzahn

Ein Mann (42) tötet sein 31-jährige Lebensgefährtin und die beiden gemeinsamen Töchter (fünf und sechs Jahre alt).

6. Femizid in Deutschland im Jahr 2025

25.01.2025 in Berlin Marzahn

Ein Mann (29) lauert seiner 27-jährigen Ex-Partnerin auf und tötet sie mit dutzenden Messerstichen.

Es waren übrigens 85 Messerstiche.

Für diese Frauen, die nicht mehr demonstrieren können, stehen wir heute hier.

Für die Frauen, die noch in Angst und Scham leben, stehen wir heute hier.

Für die Frauen, die die Kraft und den Mut hatten, sich aus einer gewaltvollen Beziehung zu lösen, stehen wir heute hier.

Auf den Plakaten des Aktionsmonats gegen Gewalt an Frauen und Mädchen steht das Zitat von Gisèle Pelicot: „Die Scham muss die Seite wechseln!“ – damit wollen wir klar sagen: Es sind nicht die Betroffenen und Überlebenden, die sich schämen sollen, sondern diejenigen, die die Gewalt ausüben, diejenigen die wegschauen und diejenigen, die schweigen.

In Marzahn-Hellersdorf wird nicht geschwiegen.